

Hinweise zur Erstellung von Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen (NBS)

Im Folgenden wird der Ablauf der Aufstellung von Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen (NBS) unter Einhaltung der geltenden Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 (DVO) sowie des Eisenbahnregulierungsgesetzes (ERegG) beschrieben.

- Grundsätzlich müssen alle Betreiber von Serviceeinrichtungen NBS erstellen und der Bundesnetzagentur mitteilen.
([↗ Art. 4 DVO¹](#) und [§ 72 S. 1 Nr. 5 ERegG](#))
- Die NBS sind auf einem aktuellen Stand zu halten und bei Bedarf zu ändern. Auch Änderungen müssen der Bundesnetzagentur mitgeteilt werden.
([↗ Art. 5 Abs. 3 DVO](#) und [§ 72 Abs. 1 Nr.5 ERegG²](#))

Infobox: Möchten Sie einen detaillierten Einblick in die Gesetzgebung, können Sie durch Anklicken [↗](#) zu einer für Sie partiell zusammengestellten Gesetzessammlung springen.

¹ Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 der Kommission vom 22. November 2017 über den Zugang zu Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen ([Link zur Verordnung / Webversion](#))

² Eisenbahnregulierungsgesetz ([Link zum Gesetz / Webversion](#))

Schritt 1 - Inhalt von Nutzungsbedingungen

Hier sind die Infrastruktur und alle angebotenen eisenbahnbezogenen Leistungen in der/den betriebenen Serviceeinrichtung/en zu beschreiben. Bereits bestehende „Allgemeine Geschäftsbedingungen“ können als Grundlage für die Erstellung von NBS genutzt werden.

Inhalte (* Kernbestandteile) (↗ Art. 4 Abs. 2 DVO):

(a)* „die **Liste aller Anlagen**, in denen schienenverkehrsbezogene Leistungen erbracht werden, einschließlich Angaben über ihre **Standorte** und **Öffnungszeiten**“.

- Beschreibung Infrastruktur durch: Gleispläne, technische Merkmale und/oder Auflistungen.
- Unter Öffnungszeiten können fallen: Betriebszeiten, Servicezeiten und/oder Erreichbarkeiten.

(b)* „die wichtigsten **Kontaktangaben** des Betreibers der Serviceeinrichtung“.

- Allgemeine Kontaktangaben (E-Mail, Telefon) von Service- und operativen Anlaufstellen.

(c)* „eine Beschreibung der **technischen Merkmale** der Serviceeinrichtung, z.B. Nutzlänge der Anschlussgleise oder Rangiergleise, technische Ausrüstung für Be- und Entladung, Waschen und Instandhaltung und die verfügbare Lagerkapazität [...]“.

- Technische Merkmale können u.a. auch Angaben zum Funksystem, Gleisradius, Signalstandorte, Geschwindigkeitsvorgaben sein.

(d)* „eine Beschreibung aller in der Einrichtung erbrachten **schienenverkehrsbezogenen Leistungen** und ihrer Art (grundlegende Leistung, Zusatzleistung oder Nebenleistung)“

- Es sind alle Leistungen aufzuführen, die angeboten oder tatsächlich erbracht werden.

(e) „die Möglichkeit der **Eigenerbringung** von schienenverkehrsbezogenen Leistungen und die dafür geltenden Bedingungen“

- Dies betrifft den Fall, wenn z.B. ein Eisenbahnverkehrsunternehmen ausschließlich die Infrastruktur (bspw. Gleis und/oder andere Gerätschaften) nutzt, jedoch weitere Leistungen selbst durchführt (bspw. mit eigenem Personal Reparaturen vornimmt).

(f) „Informationen über die **Verfahren zur Beantragung** des Zugangs zu der Serviceeinrichtung und/oder den dort erbrachten Leistungen, einschließlich der **Fristen für die Einreichung von Anträgen** und deren Bearbeitung“

- Angaben zu Anmeldefristen bzw. -zeiträumen.
- Angaben zu Bearbeitungsfristen unter Beachtung der Vorgaben in der Allgemeinverfügung der Beschlusskammer 10, diese finden Sie unter: <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern>.

(g) „bei Serviceeinrichtungen mit mehreren Betreibern oder bei von mehreren Anbietern erbrachten schienenverkehrsbezogenen Leistungen die Angabe, ob der Zugang zu den Einrichtungen und den Leistungen jeweils getrennt beantragt werden muss“

- Klare und transparente Darstellung über die Anmeldeprozesse bei Einrichtungen mit mehreren Serviceanbietern für den Antragsteller.

(h) „Angaben zum **Mindestinhalt und zur Form von Anträgen** auf Zugang zu Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen oder ein entsprechendes **Antragsmuster**“

- Der Betreiber der Serviceeinrichtung kann eine verbindliche Form für Anträge oder ein Muster vorgeben.

(i) „zumindest bei Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen, die von Betreibern betrieben bzw. erbracht werden, die unter direkter oder indirekter Kontrolle einer Kontrollinstanz stehen, sind **Musterzugangsverträge** und **allgemeine Geschäftsbedingungen** bereitzustellen“

- Der Betreiber der Serviceeinrichtung kann eine verbindliche Form für Verträge oder ein Muster vorgeben.

(j) „gegebenenfalls Informationen über die Bedingungen für die Nutzung **der IT-Systeme** des Betreibers, sofern die Antragsteller solche Systeme nutzen müssen, sowie die Regeln für den **Schutz von sensiblen Daten und Geschäftsdaten**“

- Datenschutz und Datenschnittstellen.

(k) „eine Beschreibung der **Koordinierungsverfahren und Regulierungsmaßnahmen** gemäß Art. 10 und der Vorrangkriterien gemäß Art. 11“

- Angabe, wann ein Koordinierungs- und Entscheidungsverfahren durchgeführt wird.

- Darstellung des Koordinierungsverfahrens.
- Aufzählung und ggf. Reihung eines Vorrangkriteriums oder mehrerer Vorrangkriterien für die Kapazitätszuweisung.

(l) „Informationen über Änderungen der technischen Merkmale und **vorübergehende Kapazitätsbeschränkungen** der Serviceeinrichtung, einschließlich planmäßiger Arbeiten, die den Betrieb der Serviceeinrichtung erheblich beeinflussen könnten“

- Baumaßnahmen, Instandhaltungen etc.
- Nach nationalem Recht (§ 13 Abs. 5 S. 2 ERegG) reicht eine Information der Zugangsberechtigten zum Beispiel per Internet und/oder E-Mail aus.

(m) * "Informationen über **Entgelte** für den Zugang zu Serviceeinrichtungen und die einzelnen dort erbrachten schienenverkehrsbezogenen Leistungen“

- In den Entgeltlisten muss sich zu allen beschriebenen Leistungen ein Entgelt finden.

(n) „Informationen über die Grundsätze, nach denen Antragstellern **Preisnachlässe** gewährt werden, wobei die Anforderungen an die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen zu erfüllen sind“

- Bspw. Rabatte für Mengen, Nachlässe z.B. für bestimmte Nutzungszeiten (also nicht die Einhaltung einer Zeit sonder den Zeitpunkt – beispielsweise Zeiten mit schwacher Auslastung), Nachlässe zur Gewinnung von Neuverkehr, Umweltkomponenten.

Darüber hinaus bestehen folgende weitere Anforderungen an den Inhalt von Nutzungsbedingungen (*Kernbestandteile):

*Bestimmungen zur Betriebssicherheit (↗ § 21 ERegG)

- Hierzu gehört insbesondere die Sammlung betrieblicher Vorschriften.

Informationen zu den Entgelten (↗ § 13 Abs. 5 Satz 1 i.V.m. § 34 Abs. 2)

- Beschreibung der Regelungen zur Bildung und Berechnung der Entgelte sowie die Höhe der Entgelte.

Vorübergehende / Kurzfristige Kapazitätseinschränkungen (↗ § 13 Abs. 5 Satz 2)

- Zugangsberechtigte können z.B. über Internet, E-Mail oder Anschreiben über die Einschränkungen in Kenntnis gesetzt werden.

Regelungen zum Anreizsystem (↗ § 39 Abs. 2, 4 ERegG)

- z.B. Bonus-Malus-System, Vertragsstrafen und/oder Entschädigungen.

Regelungen zur Zusammenarbeit mit Betreibern von Schienenwegen/Serviceeinrichtungen (↗ § 47 Abs. 9 ERegG)

- Verantwortlichkeiten und Informationsflüsse bei der Vergabe, Disposition und/oder Nutzung.

Rechte an und Nutzung von Kapazitäten in Serviceeinrichtungen (*optional*) (↗ § 43 ERegG)

- Kapazitäten dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden.
- Handeln mit Kapazitäten nicht erlaubt.
- Kündigungsmöglichkeit und ggf. Kündigungspflicht, wenn Kapazitäten nicht genutzt werden.

Ist der Betreiber einer Serviceeinrichtung von Regulierungsvorschriften **befreit**, müssen nur die **Kernbestandteile** in den Nutzungsbedingungen enthalten sein. Dazu zählen die Informationen nach Art. 4 (a) – (d) und (m) DVO sowie nach § 21 ERegG (vgl. Markierung mit *).

Informationen über weitere Leitlinien, wie den „Leitfaden zu Nutzungsbedingungen unter Geltung der DVO (EU) 2017/2177“ oder die „Leitlinien zur Befreiungen für Betreiber von Serviceeinrichtungen“, können Sie über den folgenden Weblink einsehen ([Link Sammlung Leitlinien BNetzA](#)).

Schritt 2 - Gliederung der Nutzungsbedingungen

Für die Gliederung der NBS eignet sich folgende Aufteilung:

(1) Allgemeiner Teil (AT)

Mögliche Inhalte: Zweck und Geltungsbereich Allgemeine Zugangsvoraussetzungen / Zustandekommen von Nutzungsverträgen / Rechte und Pflichten der Vertragsparteien / Allgemeines zu den Entgelten, Zahlung der Entgelte / Verzugszinsen / Haftung / Gefahren für die Umwelt / Aufrechnung, Zurückbehaltungsrechte / Kündigung / Datenspeicherung, Datenverarbeitung / Mediation, Schiedsverfahren

(2) Besonderer Teil (BT)

Mögliche Inhalte: Alle in Schritt 1 „Beschreibung Infrastruktur und Leistungen“ aufgeführten Angaben (insbesondere die Pflichtangaben) / Besondere Zugangsvoraussetzungen / Verfahren zur Kapazitätszuweisung / Zugangsbedingungen einschließlich Bestimmungen zur Betriebssicherheit / Koordinierungsverfahren bei Serviceeinrichtungen / Kriterien zur Konfliktlösung / Regelungen zur Zusammenarbeit mit Betreibern der Schienenwege und mit anderen Betreibern von Serviceeinrichtungen

Wichtige Hinweise zur Hilfestellung:

- ❖ Das Referat 703 der Bundesnetzagentur berät Unternehmen gerne vorab bei der Erstellung der Nutzungsbedingungen und bei allgemeinen Fragen des Zugangs zu Serviceeinrichtungen. *(Hinweis: Eine Vorabberatung ersetzt keine Prüfung der Nutzungsbedingungen durch die Beschlusskammer - siehe Schritt 3.)*

Referat 703 – „Zugang zu Schieneninfrastruktur, Serviceeinrichtungen und Dienstleistungen“ (Eisenbahnregulierung)

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

Allgemeine Referatsadresse: Ref-703@BNetzA.de

Schritt 3 – Unterrichtung der Beschlusskammer 10

Die Bundesnetzagentur ist vom Betreiber der Serviceeinrichtung über dessen beabsichtigte Erstaufstellung, Neufassung oder Änderung der Nutzungsbedingungen einschließlich der jeweils vorgesehenen Entgeltgrundsätze und Entgelthöhen zu unterrichten (↗ § 72 S. 1 Nr. 5 ERegG).

Für eine wirksame Unterrichtung sind der Bundesnetzagentur die neu aufgestellten oder geänderten NBS zu senden:

- per E-Mail an BK-Eisenbahn@BNetzA.de oder an info@bnetza.de-mail.de mit dem Hinweis zur Weiterleitung an die Beschlusskammer 10 "Eisenbahn"
- über einen Zugang zu einer geschlossenen Benutzergruppe (GBG) (Aus technischen Gründen darf eine E-Mail oder DE-Mail einen Umfang von 10 MB nicht überschreiten. Eine über die GBG hochgeladene Datei darf nicht größer als 1.500 MB sein.). Die Einrichtung einer GBG erfolgt ebenfalls via E-Mail an bk-eisenbahn@bnetza.de. Wenn eine elektronische Übersendung bzw. eine Übermittlung per DE-Mail fehlschlägt, ist ausnahmsweise auch eine Übersendung per Fax (an 0228/141010) zulässig.
- Die Übermittlung hat in einem makrofreien Dateiformat als PDF bzw. Excel-Tabelle zu erfolgen.

Wichtige Hinweise zu Form und Inhalt der Unterlagen:

- ❖ Angabe, ob es sich um eine Neufassung oder Änderung der NBS handelt.
- ❖ Zusendung aller Dokumente, Formular-Muster, Übersichten, Tabellen, betrieblicher und / oder technischer Regelwerke (u. a. Bestimmungen über die Betriebssicherheit, in Bezug genommene VDV-Schriften, Richtlinien/Regelwerke des Eisenbahninfrastrukturunternehmens, Sammlung betrieblicher Vorschriften), die neugefasste oder geänderte Bestandteile enthalten.

- ❖ Die Kenntlichmachung der Änderungen hat folgendermaßen zu erfolgen: Streichungen: Schriftfarbe farblich hervorgehoben und Textpassage durchgestrichen; und Neuformulierung: Schriftfarbe farblich abweichend von der Streichung hervorgehoben und Textpassage unterstrichen.

Beispiel:

rot und durchgestrichen: Text soll künftig entfallen

blau und unterstrichen: Text soll künftig gelten

Lorem ipsum dolor sit amet, consetetur sadipscing elitr, ~~sed diam nonumy eirmod tempor invidunt ut labore et dolore magna aliquyam erat, sed diam voluptua~~. At vero eos et accusam et justo duo dolores et ea rebum. Stet clita kasd gubergren, no sea takimata sanctus est.

Mitteilung aller weiteren Dokumente und Unterlagen, die mit einer Änderung in unmittelbarem, inhaltlichen Zusammenhang stehen. Dazu können Sie entweder einen konkreten Verweis auf das entsprechende Dokument nennen (z.B. einen Link auf ihre Homepage) oder die Dokumente und Unterlagen direkt zusenden.

- Bitte erläutern Sie, warum die Neufassung oder Änderung erfolgt, z.B. geänderte gesetzliche Grundlagen, eine Änderung der angebotenen Leistungen oder bauliche Änderungen oder im Falle von beabsichtigten Entgeltanpassungen z. B. Kostensteigerungen oder Mengenveränderungen.
- Weiterhin erklären Sie bitte, inwieweit dem Grund für die Neufassung oder Änderung durch die beabsichtigten Regelungen entsprochen wird. Dies ist mit konkreten Angaben zu unterlegen.
- Im Falle umfassender Änderungen bei den Entgelten ist zusätzlich eine Übersicht über insbesondere die prognostizierten Kosten, Leistungsmengen und Jahresumsätze für die im Entgeltverzeichnis aufgeführten Leistungen zu übersenden. Zudem sind die entsprechenden Zahlenwerte der vergangenen Geschäftsjahre zu übersenden. Für die Erstellung der Übersicht kann ein standardisierter Erhebungsbogen verwendet werden, den die Bundesnetzagentur auf ihren Internetseiten zum Abruf bereitstellt. (Link einfügen)

- Des Weiteren sind alle Eingaben von Zugangsberechtigten zu übermitteln, die der Betreiber einer Serviceeinrichtung (ggf. im Vorfeld der beabsichtigten Neufassung oder Änderung seiner NBS) erhalten hat sowie die Begründung, weshalb diese berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt wurden.

Beispiel:

Schwarzer Balken über dem Text: Betriebs- und Geschäftsgeheimnis

Lorem ipsum dolor sit amet, [REDACTED] sed diam nonumy eirmod tempor invidunt ut labore et dolore magna aliquyam erat, sed diam voluptua. At vero eos et accusam et justo duo dolores et ea rebum. [REDACTED] clita kasd [REDACTED], no sea takimata sanctus est.

- Wenn die Unterrichtung geheimhaltungsbedürftige Informationen (wie z.B. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, personenbezogene Daten und / oder Informationen mit Relevanz für die öffentliche Sicherheit) enthält, ist dies im Unterrichtungsdokument anzugeben. Andernfalls geht die Bundesnetzagentur vom Fehlen derartiger Daten aus. In diesem Fall hat der Betreiber der Serviceeinrichtung eine zweite Fassung der betroffenen Dokumente, in der die geheimhaltungsbedürftigen Informationen elektronisch geschwärzt wurden, zu übersenden. Schwärzungen müssen veränderungssicher sein, so dass sie technisch nicht rückgängig gemacht werden können.
- Bei Schwärzungen muss erkennbar bleiben, welchen grundsätzlichen Inhalt die unkenntlich gemachte Passage hat. Auch bei der Schwärzung von Feldern einer Tabellenkalkulation, muss die Berechnungslogik erkennbar bleiben. Bildliche Darstellungen sind dabei so zu bereinigen, dass die der Unterrichtung zugrundeliegende Situation nachvollziehbar bleibt.
- Mit der Unterrichtung ist eine Begründung für die jeweiligen Schwärzungen zu übersenden.
- Die geschwärzte Fassung der Unterlagen ist maximal sechs Stunden nach der Übersendung der Unterrichtung bei der Bundesnetzagentur einzureichen.

Die Beschlusskammer 10 hat eine Allgemeinverfügung zur Ausgestaltung von Unterrichtungen durch Eisenbahninfrastrukturunternehmen erlassen.

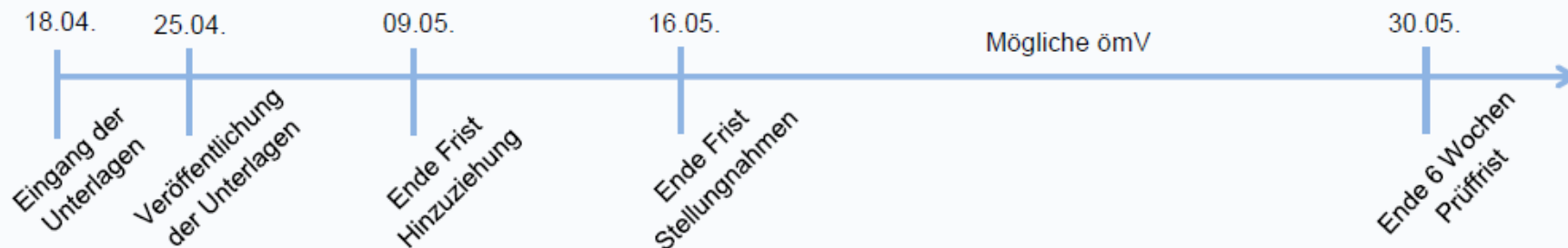
Bei Interesse oder für weitere Detailinformationen finden Sie diese unter: <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern>.

Schritt 4 - Prüfung, Fristen und Hinzuziehungen

Zuständig für die Prüfung ist die Beschlusskammer 10. Innerhalb der Prüffrist von 6 Wochen kann die Beschlusskammer eine beabsichtigte Änderung oder Neufassung ablehnen, wenn diese nicht den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht ([§ 72 S. 1 Nr. 5 ERegG i.V.m. § 73 Abs. 1 Nr. 4 ERegG](#)).

- (1) Nach Einreichen der vollständigen Unterlagen wird das Verfahren (die Unterrichtung) auf der Homepage der Bundesnetzagentur mit Hinweis auf die sechswöchige Prüffrist veröffentlicht.
- (2) Innerhalb von in der Regel zwei Wochen nach der Veröffentlichung ist es möglich, dass sich andere Unternehmen, deren Interessen erheblich berührt werden, hinzuziehen lassen.
- (3) Nach genehmigter Hinzuziehung erhalten diese Unternehmen Einsicht in die eingereichten geschwärzten Unterlagen und die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu der beabsichtigten Änderung oder Neufassung abzugeben.
- (4) Grundsätzlich findet keine öffentlich mündliche Verhandlung statt ([§ 77 Abs. 6 S. 3 ERegG](#)). Diese kann aber auf Antrag eines Beteiligten oder von Amts wegen von der Beschlusskammer 10 durchgeführt werden.

Beispiel:



Schritt 5 - Bereitstellung und Veröffentlichung

Die Nutzungsbedingungen sind in ihrer **Endfassung**, also nach Prüfung der Bundesnetzagentur, **unverzüglich, unaufgefordert** und **kostenlos** bereitzustellen (↗ [Art. 5 DVO](#)).

Hierzu muss der Betreiber der Serviceeinrichtung diese:

- (1) auf seiner Internetseite, in seinem Webportal **oder** über ein gemeinsames Webportal veröffentlichen und dem Betreiber der Schienenwege, an dessen Netz die Serviceeinrichtung liegt, den Link zur Aufnahme in die Schienennetz-Nutzungsbedingungen (SNB) mitteilen **oder**
- (2) dem Betreiber der Schienenwege, an dessen Netz die Serviceeinrichtung liegt, die NBS veröffentlichungsreif zur Aufnahme in die SNB übermitteln.

Wichtige Hinweise zu Fristen und Veröffentlichungen:

- ❖ Die Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen können grundsätzlich **frühestens nach Ablauf der sechswöchigen Prüffrist** wirksam **in Kraft treten** (↗ [§ 73 Abs. 2 Nr. 2 ERegG](#)). Die Bundesnetzagentur kann aber auch schon vorher mitteilen, dass sie die beabsichtigten Änderungen nicht ablehnen wird und dass deshalb ein Inkrafttreten **vor Ablauf** der sechswöchigen Prüffrist möglich ist.
- ❖ Dem Betreiber der Serviceeinrichtung steht es ansonsten frei, ein Datum festzulegen, ab dem die Nutzungsbedingungen gelten sollen.
- ❖ Die Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen können ganzjährig aufgestellt und/oder geändert werden.
- ❖ Es ist sinnvoll, Dokumente wie Antragsformulare o.ä. ebenfalls als Download oder als Link am Veröffentlichungsort der Nutzungsbedingungen bereitzustellen.

Anlage 1 - Auszug Gesetzessammlung

Artikel 4 DVO Beschreibung der Serviceeinrichtung

- (1) Die Betreiber von Serviceeinrichtungen erstellen für die Serviceeinrichtungen und Leistungen, für die sie zuständig sind, eine Beschreibung der Serviceeinrichtung.
- (2) Die Beschreibung der Serviceeinrichtung enthält mindestens die folgenden Informationen, soweit sie in dieser Verordnung vorgeschrieben sind:
- a) die Liste aller Anlagen, in denen schienenverkehrsbezogene Leistungen erbracht werden, einschließlich Angaben über ihre Standorte und Öffnungszeiten;
 - b) die wichtigsten Kontaktangaben des Betreibers der Serviceeinrichtung;
 - c) eine Beschreibung der technischen Merkmale der Serviceeinrichtung, z. B. Anschlussgleise oder Verschiebe- und Rangiergleise, technische Ausrüstung für Be- und Entladung, Waschen und Instandhaltung und die verfügbare Lagerkapazität; Informationen über private Gleisanschlüsse, die nicht zur Eisenbahninfrastruktur gehören, aber notwendig sind, um Zugang zu Serviceeinrichtungen zu erhalten, die für die Erbringung von Schienenverkehrsdiensten wesentlich sind;
 - d) eine Beschreibung aller in der Einrichtung erbrachten schienenverkehrsbezogenen Leistungen und ihrer Art (grundlegende Leistung, Zusatzleistung oder Nebenleistung);
 - e) die Möglichkeit der Eigenerbringung von schienenverkehrsbezogenen Leistungen und die dafür geltenden Bedingungen;
 - f) Informationen über die Verfahren zur Beantragung des Zugangs zu der Serviceeinrichtung und/oder den dort erbrachten Leistungen, einschließlich der Fristen für die Einreichung von Anträgen und deren Bearbeitung;
 - g) bei Serviceeinrichtungen mit mehreren Betreibern oder bei von mehreren Anbietern erbrachten schienenverkehrsbezogenen Leistungen die Angabe, ob der Zugang zu den Einrichtungen und den Leistungen jeweils getrennt beantragt werden muss;
 - h) Angaben zum Mindestinhalt und zur Form von Anträgen auf Zugang zu Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen oder ein entsprechendes Antragsmuster;
 - i) zumindest bei Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen, die von Betreibern betrieben bzw. erbracht werden, die unter direkter oder indirekter Kontrolle einer Kontrollinstanz stehen, sind Musterzugangsverträge und allgemeine Geschäftsbedingungen bereitzustellen;
 - j) gegebenenfalls Informationen über die Bedingungen für die Nutzung der IT-Systeme des Betreibers, sofern die Antragsteller solche Systeme nutzen müssen, sowie die Regeln für den Schutz von sensiblen Daten und Geschäftsdaten;
 - k) eine Beschreibung der Koordinierungsverfahren und Regulierungsmaßnahmen gemäß Artikel 10 und der Vorrangkriterien gemäß Artikel 11;
 - l) Informationen über Änderungen der technischen Merkmale und vorübergehende Kapazitätsbeschränkungen der Serviceeinrichtung, einschließlich planmäßiger Arbeiten, die den Betrieb der Serviceeinrichtung erheblich beeinflussen könnten;
 - m) Informationen über Entgelte für den Zugang zu Serviceeinrichtungen und die einzelnen dort erbrachten schienenverkehrsbezogenen Leistungen;
 - n) Informationen über die Grundsätze, nach denen Antragstellern Preisnachlässe gewährt werden, wobei die Anforderungen an die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen zu erfüllen sind.

Artikel 5 DVO Veröffentlichung der Beschreibung von Serviceeinrichtungen

- (1) Die Betreiber von Serviceeinrichtungen machen die Beschreibung der Serviceeinrichtung unentgeltlich auf eine der folgenden Weisen öffentlich zugänglich:
- a) durch Veröffentlichung in ihrem Webportal oder einem gemeinsamen Webportal, dessen Link den Infrastrukturbetreibern zur Aufnahme in die Schienennetz-Nutzungsbedingungen mitgeteilt wird;
 - b) indem den Infrastrukturbetreibern die relevanten Informationen veröffentlichungsreif zur Aufnahme in die Schienennetz-Nutzungsbedingungen übermittelt werden.

Ist der Infrastrukturbetreiber, an dessen Netz die Einrichtung angebunden ist, gemäß Artikel 2 Absatz 3 oder Absatz 4 der Richtlinie 2012/34/EU von der Verpflichtung zur Veröffentlichung der Schienennetz-Nutzungsbedingungen ausgenommen, so stellt der Betreiber der Serviceeinrichtung den entsprechenden Link oder die veröffentlichungsreifen Informationen dem Hauptinfrastrukturbetreiber zur Verfügung.

(2) Die Infrastrukturbetreiber geben in den Schienennetz-Nutzungsbedingungen oder in ihrem Webportal die Frist für die Übermittlung der Informationen oder des Links zur Veröffentlichung in den Schienennetz-Nutzungsbedingungen an, damit diese zu dem in Artikel 27 Absatz 4 der Richtlinie 2012/34/EU genannten Termin veröffentlicht werden können. Die Infrastrukturbetreiber stellen ein einheitliches Muster bereit, das vom Eisenbahnsektor in Zusammenarbeit mit den Regulierungsstellen bis zum 30. Juni 2018 zu erarbeiten ist und von den Betreibern von Serviceeinrichtungen für die Übermittlung der Informationen verwendet werden kann. Das Muster wird nach Bedarf überprüft und aktualisiert.

(3) Die Betreiber von Serviceeinrichtungen aktualisieren die Beschreibung der Serviceeinrichtung bei Bedarf. Sie setzen die Antragsteller, die bereits Zugang beantragt oder eine oder mehrere Leistungen in der Serviceeinrichtung reserviert haben, über alle relevanten Änderungen in der Beschreibung der Serviceeinrichtung rechtzeitig in Kenntnis.

(4) Wird eine Serviceeinrichtung von mehreren Betreibern betrieben oder werden dort Leistungen von mehreren Anbietern erbracht, so stimmen sich diese Betreiber und Anbieter untereinander ab, um

- a) ihre Beschreibungen der Serviceeinrichtung an einem Ort verfügbar zu machen, oder
- b) in ihren Beschreibungen der Serviceeinrichtung alle Betreiber anzugeben, die über Anträge auf Zugang zu der Einrichtung oder den in derselben Serviceeinrichtung erbrachten schienenverkehrsbezogenen Leistungen entscheiden.

Führt diese Koordinierung zu keinem Erfolg, kann die Regulierungsstelle eine Entscheidung erlassen und darin einen der Betreiber der Serviceeinrichtung benennen, der die Anforderung des ersten Unterabsatzes erfüllen muss. Etwaige Kosten werden auf alle betroffenen Betreiber der Serviceeinrichtung aufgeteilt.

(5) Der Verpflichtung in Absatz 1 und in Artikel 4 wird in einer Weise nachgekommen, die der Größe, den technischen Merkmalen und der Bedeutung der betreffenden Serviceeinrichtung angemessen ist.

ERegG // § 13 Serviceeinrichtungen

(1) Der Antrag eines Zugangsberechtigten auf Zugang zur Serviceeinrichtung und auf das dortige Erbringen von Leistungen nach Anlage 2 Nummer 2 muss innerhalb einer von der Regulierungsstelle festgelegten angemessenen Frist beantwortet werden. Das Angebot des Betreibers einer Serviceeinrichtung kann nur innerhalb von fünf Arbeitstagen angenommen werden.

(2) Stellt der Betreiber einer Serviceeinrichtung nach Anlage 2 Nummer 2 Konflikte zwischen verschiedenen Anträgen fest, so hat er sich zunächst zu bemühen, allen Anträgen so weit wie möglich zu entsprechen. Der Betreiber einer Serviceeinrichtung kann als Vorrangkriterium gemäß Artikel 11 der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 die abschließende Entscheidung über die Kapazitätszuweisung durch die Durchführung eines Höchstpreisverfahrens vorsehen. In diesem Fall kann er das Höchstpreisverfahren nach Maßgabe des § 52 Absatz 8 Satz 3 bis 6 bei der Regulierungsbehörde durchführen.

(3) Besteht keine tragfähige Alternative und kann nicht allen auf nachgewiesenem Bedarf beruhenden Anträgen auf Zugang zu Kapazitäten in der betreffenden Serviceeinrichtung stattgegeben werden, so kann der Zugangsberechtigte Beschwerde bei der Regulierungsbehörde einlegen. Die Regulierungsbehörde prüft, unabhängig von der Entscheidung nach § 73 Absatz 1 Nummer 1, den Fall und wird tätig, damit ein angemessener Teil der Kapazität dem Zugangsberechtigten zugewiesen wird.

(4) Der Betreiber einer Serviceeinrichtung ist nicht verpflichtet, Investitionen in Ressourcen oder Einrichtungen zu tätigen, um allen Anträgen von Zugangsberechtigten entsprechen zu können.

(5) Die Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen enthalten zusätzlich zu den gemäß der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 erforderlichen Mindestinhalten die nach Absatz 6 und den §§ 21, 34 Absatz 2, § 39 Absatz 2 und 4 und § 47 Absatz 9 geforderten Bedingungen. Information über kurzfristig bevorstehende, vorübergehende Einschränkungen der angebotenen Leistungen und über vorübergehende Kapazitäts- und Nutzungsbeschränkungen müssen nicht in die Nutzungsbedingungen aufgenommen werden, wenn die Zugangsberechtigten auf anderem Wege über diese Einschränkungen informiert werden.

(6) Leistungen, die in Serviceeinrichtungen erbracht werden, die dem Personenverkehr dienen, sind in den Nutzungsbedingungen für diese Serviceeinrichtungen mindestens hinsichtlich der zugesicherten Ausstattung, Qualität und zeitlichen Verfügbarkeit verbindlich zu beschreiben.

(7) Alle Zugangsberechtigten gemäß § 1 Absatz 12 sind Antragsteller im Sinne von Artikel 1 Satz 3 der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177.

ERegG // § 21 Vereinbarungen zur Betriebssicherheit

(1) Die Schienennetz-Nutzungsbedingungen und die Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen müssen einen Abschnitt mit Bestimmungen enthalten, die der Betriebssicherheit dienen. Ist der Zugangsberechtigte keine Eisenbahn, müssen die Bestimmungen über die Betriebssicherheit auch zwischen dem Eisenbahninfrastrukturunternehmen und der nutzenden Eisenbahn gesondert vereinbart werden. Rechte an Zugtrassen oder an Kapazitäten in Serviceeinrichtungen dürfen nicht ausgeübt werden, solange eine solche Vereinbarung nicht besteht.

(2) Die nach Absatz 1 in die Schienennetz-Nutzungsbedingungen und die Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen aufzunehmenden Bestimmungen über die Betriebssicherheit müssen den Anforderungen des Allgemeinen Eisenbahngesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen genügen. Die Eisenbahninfrastrukturunternehmen unterliegen insoweit der Aufsicht der Eisenbahnaufsichtsbehörden.

ERegG // § 34 Entgeltgrundsätze

(1) Entgelte für die Nutzung der Schienenwege und von Serviceeinrichtungen sind an den Betreiber der Schienenwege und den Betreiber einer Serviceeinrichtung zu entrichten, dem sie zur Finanzierung seiner Unternehmenstätigkeit dienen.

(2) Ein Betreiber der Schienenwege oder ein Betreiber einer Serviceeinrichtung ist verpflichtet, der Regulierungsbehörde alle erforderlichen Informationen zu den erhobenen Entgelten vorzulegen, damit diese ihre in § 66 genannten Aufgaben wahrnehmen kann. Der Betreiber der Schienenwege oder der Betreiber einer Serviceeinrichtung muss dem jeweiligen Eisenbahnverkehrsunternehmen nachweisen können, dass die dem Eisenbahnverkehrsunternehmen nach den §§ 28 bis 31 von dem Betreiber der Schienenwege oder nach § 32 von dem Betreiber einer Serviceeinrichtung tatsächlich berechneten Wege- und Dienstleistungsentgelte den in den Schienennetz-Nutzungsbedingungen und Nutzungsbedingungen von Serviceeinrichtungen vorgesehenen Verfahren, Regeln und gegebenenfalls Tabellen entsprechen.

(3) Unbeschadet des § 31 Absatz 2, des § 32 und des § 36 ist das Entgelt für das Mindestzugangspaket und für den Zugang zu Eisenbahnanlagen, durch die Serviceeinrichtungen angebunden werden, in Höhe der Kosten festzulegen, die unmittelbar auf Grund des Zugbetriebs anfallen. Satz 1 ist nicht für Entgelte der Betreiber von Serviceeinrichtungen anzuwenden.

(4) Die Vorgaben über die Bedingungen zur Berechnung der Kosten, wie sie auf Grund eines nach Artikel 31 Absatz 3 der Richtlinie 2012/34/EU erlassenen, durch Anlage 6 modifizierten Durchführungsrechtsaktes bestimmt werden, sind zu beachten. Der Betreiber der Schienenwege hat diese spätestens nach vier Jahren anzuwenden.

ERegG // § 39 Besondere Entgeltregelungen, leistungsabhängige Entgeltregelung für Betreiber der Schienenwege und Betreiber von Serviceeinrichtungen

(1) Ein Betreiber der Schienenwege ist verpflichtet, den Zugangsberechtigten den Zugang zu Eisenbahnanlagen zu angemessenen, transparenten und nichtdiskriminierenden Entgelten und Entgeltregelungen zu gestatten.

(2) Die Entgeltregelungen für die Schienenwegnutzung müssen durch leistungsabhängige Bestandteile den Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem jeweiligen Betreiber der Schienenwege Anreize zur Minimierung von Störungen und zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Schienennetzes bieten. Diese Regelungen können Vertragsstrafen für Störungen des Netzbetriebs, eine Entschädigung für von Störungen betroffene Unternehmen und eine Bonusregelung für Leistungen, die das geplante Leistungsniveau übersteigen, umfassen.

(3) Die Grundsätze der leistungsabhängigen Entgeltregelung nach Anlage 7 Nummer 2 gelten für das gesamte Netz eines Betreibers der Schienenwege.

(4) Absatz 2 gilt für Betreiber von Serviceeinrichtungen entsprechend.

(5) Die Absätze 2 und 3 sind insoweit nicht anzuwenden, als ein auf Grund des Artikels 35 Absatz 3 der Richtlinie 2012/34/EU erlassener delegierter Rechtsakt eine inhaltsgleiche oder entgegenstehende Regelung trifft.

ERegG // § 43 Rechte an und Nutzung von Kapazitäten in Serviceeinrichtungen

(1) Der jeweilige Betreiber einer Serviceeinrichtung hat dem jeweiligen Zugangsberechtigten Kapazitäten in der Serviceeinrichtung zuzuweisen. Nach der Zuweisung an den Zugangsberechtigten darf eine Kapazität in der Serviceeinrichtung von diesem nicht auf Dritte übertragen werden.

(2) Jeder Handel mit zugewiesenen Kapazitäten in Serviceeinrichtungen ist verboten.

(3) Die Nutzung von Kapazitäten in Serviceeinrichtungen durch ein Eisenbahnverkehrsunternehmen, das die Geschäfte eines Zugangsberechtigten wahrnimmt, der kein Eisenbahnverkehrsunternehmen ist, gilt nicht als Übertragung. Das Gleiche gilt für den Fall, dass ein Eisenbahnverkehrsunternehmen, dem Kapazitäten in Serviceeinrichtungen zugewiesen worden sind, diese von anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen im Rahmen einer Kooperation mitnutzen lässt.

(4) Wird das Recht auf Nutzung einer Serviceeinrichtung aus einer Vereinbarung nach § 20 Absatz 1 und 3 innerhalb eines Monats nach Beginn einer Netzfahrplanperiode oder nach dem vereinbarten Benutzungsbeginn ganz oder teilweise aus Gründen nicht wahrgenommen, die der Zugangsberechtigte zu vertreten hat, kann der Betreiber der Serviceeinrichtung insoweit die Vereinbarung mit sofortiger Wirkung kündigen. Ist die Kündigung noch nicht erfolgt und stellt ein dritter Zugangsberechtigter einen Antrag auf die Nutzung dieser Serviceeinrichtung, ist das Angebot diesem Dritten gegenüber unter der aufschiebenden Bedingung der Kündigung zu machen. Hat der Dritte das Angebot nach Satz 2 angenommen, muss der Betreiber der Serviceeinrichtung die in Satz 1 genannte Vereinbarung insoweit kündigen. Der Zugangsberechtigte, dem nach Satz 3 gekündigt wurde, bleibt zum Ersatz des durch die Beendigung des Vertrags entstehenden Schadens verpflichtet; er hat insbesondere dem Betreiber der Serviceeinrichtung das entgangene Entgelt für die Nutzung der Serviceeinrichtung zu zahlen.

ERegG // § 47 Zusammenarbeit bei der Bereitstellung von Schienenwegkapazität und bei der Zuweisung von netzübergreifenden Zugtrassen

- (1) Ein Betreiber von Eisenbahnanlagen im Inland ist verpflichtet, im Interesse einer wirksamen Schaffung von Kapazitäten und Zuweisung von Zugtrassen mit anderen Betreibern von Eisenbahnanlagen im Inland und in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammenzuarbeiten. Dies gilt auch für Rahmenverträge nach § 49. Jeder betroffene Betreiber der Schienenwege ist verpflichtet, an der Erstellung der dazu erforderlichen Verfahren und der Festlegung der entsprechenden netzübergreifenden Zugtrassen mitzuwirken. Die im Rahmen dieser Zusammenarbeit aufgestellten Grundsätze und Kriterien für die Zuweisung von Zugtrassen haben die jeweiligen Betreiber von Eisenbahnanlagen nach Anlage 3 Nummer 3 in ihren Schienennetz-Nutzungsbedingungen zu veröffentlichen.
- (2) Ein Betreiber von Eisenbahnanlagen, dessen Entscheidungen über Zuweisungen von Zugtrassen sich auf andere Betreiber von Eisenbahnanlagen auswirken, muss mit diesen zusammenarbeiten, um die grenzüberschreitenden Zugtrassen zuzuweisen oder deren Zuweisung zu koordinieren. Die im Rahmen dieser Zusammenarbeit aufgestellten Grundsätze und Kriterien für die Zuweisung von Zugtrassen veröffentlichen die jeweiligen Betreiber von Eisenbahnanlagen nach Anlage 3 Nummer 3 in ihren Schienennetz-Nutzungsbedingungen. Soweit sich die Entscheidungen über die Zuweisungen auf einen Betreiber von Eisenbahnanlagen aus einem Drittstaat auswirken, soll an diesem Verfahren ein Vertreter des jeweiligen Betreibers von Eisenbahnanlagen aus dem Drittstaat beteiligt werden.
- (3) Jeder Betreiber von Eisenbahnanlagen hat sicherzustellen, dass die Europäische Kommission über die wichtigsten Sitzungen, in denen gemeinsame Grundsätze und Verfahren für die Zuweisung von grenzüberschreitenden Zugtrassen entwickelt werden, unterrichtet und zu diesen Sitzungen als Beobachter eingeladen wird. Die Regulierungsbehörde ist über die Entwicklung gemeinsamer Grundsätze und Verfahren für die Zuweisung von Zugtrassen und über die IT-Systeme für die Zuweisung von Zugtrassen ausreichend zu informieren, damit sie ihre Aufsicht nach Maßgabe des § 67 ausüben kann.
- (4) Entscheidungen über die Zuweisung von Zugtrassen für netzübergreifende Eisenbahnverkehrsdienste dürfen nur von Vertretern der jeweiligen Betreiber von Eisenbahnanlagen getroffen werden.
- (5) Die an der Zusammenarbeit nach Absatz 1 Beteiligten haben dafür Sorge zu tragen, dass ihre Teilnahme, die Funktionsweise der Zusammenarbeit und alle für die Bewertung und Zuweisung von Zugtrassen wesentlichen Kriterien auf der in § 19 Absatz 1 bezeichneten Internetseite öffentlich zugänglich gemacht werden.
- (6) Im Rahmen der Zusammenarbeit nach Absatz 1 müssen die Betreiber von Eisenbahnanlagen den Bedarf an grenzüberschreitenden Zugtrassen bewerten und deren Einrichtung vorschlagen, soweit ein Bedarf dafür besteht. Sie haben deren Einrichtung sicherzustellen, um den Betrieb von Güterzügen zu erleichtern, für die ein Antrag außerhalb des Netzfahrplans nach § 56 gestellt wurde.
- (7) Diese im Voraus vereinbarten grenzüberschreitenden Zugtrassen sind einem Zugangsberechtigten über einen der beteiligten Betreiber von Eisenbahnanlagen zugänglich zu machen.
- (8) Die Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 22) bleiben unberührt.
- (9) Betreiber von Eisenbahnanlagen und Betreiber von Serviceeinrichtungen sind verpflichtet, im Interesse einer wirksamen, aufeinander abgestimmten Nutzung der Kapazitäten bei der Zuweisung und Nutzung von Kapazität in Eisenbahnanlagen und Serviceeinrichtungen zusammenzuarbeiten; dies gilt auch für Betreiber von aneinander angrenzenden Serviceeinrichtungen. Absatz 1 Satz 3 und 4 und Absatz 3 Satz 2 gelten entsprechend.
- (10) Betreiber von Eisenbahnanlagen, deren Netze aneinander angrenzen, unterrichten einander über die aufgestellten Nutzungsbedingungen.

ERegG // § 72 Besondere Unterrichtungspflichten der Eisenbahninfrastrukturunternehmen

Alle Eisenbahninfrastrukturunternehmen haben die Regulierungsbehörde unter Angabe der maßgeblichen Gründe unverzüglich zu unterrichten über

1. die beabsichtigte Entscheidung über die Zuweisung von Zugtrassen für den Netzfahrplan einschließlich des Mindestzugangspakets, sofern Anträge ganz oder teilweise abgelehnt werden sollen,
2. die beabsichtigte Entscheidung über die Zuweisung von Zugtrassen einschließlich des Mindestzugangspakets außerhalb der Erstellung des Netzfahrplans, sofern Anträge ganz oder teilweise abgelehnt werden sollen,
3. die beabsichtigte Entscheidung über den Zugang zu Serviceeinrichtungen einschließlich der damit verbundenen Leistungen, sofern Anträge ganz oder teilweise abgelehnt werden sollen,
4. die beabsichtigte Entscheidung über die Ablehnung eines Rahmenvertrages,
5. die beabsichtigte Neufassung oder Änderung von Schienennetz-Nutzungsbedingungen und von Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen einschließlich der jeweils vorgesehenen Entgeltgrundsätze und Entgelthöhen,
6. die beabsichtigte Festlegung von Zugtrassen im Sinne des Artikels 14 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und
7. die beabsichtigte Entscheidung über die Verteilung der eingeschränkten Schienenwegkapazität im Sinne des § 44 Absatz 1.

Als teilweise Ablehnung im Sinne des Satzes 1 Nummer 1 bis 3 gelten nicht solche Veränderungen von Inhalten der Anmeldung, die im Rahmen eines Verfahrens nach § 52 oder nach Artikel 10 der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 einvernehmlich erfolgen. Die Regulierungsbehörde kann Festlegungen zur Ausgestaltung der Unterrichtungen aus Satz 1 treffen. Die Unterrichtungspflicht nach Satz 1 Nummer 5 entfällt bei zu genehmigenden Entgelten und Entgeltgrundsätzen. Die Regelungen in Satz 1 Nummer 1 und 2 gelten entsprechend für die Zuweisung von Zugtrassen im Sinne des Artikels 14 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010.

ERegG // § 73 Vorabprüfung durch die Regulierungsbehörde

(1) Die Regulierungsbehörde kann nach Eingang einer Unterrichtung nach § 72 innerhalb von

1. zehn Arbeitstagen die beabsichtigte Entscheidung nach § 72 Satz 1 Nummer 1 und 3,
 2. einem Arbeitstag die beabsichtigte Entscheidung nach § 72 Satz 1 Nummer 2,
 3. sechs Wochen die beabsichtigte Entscheidung nach § 72 Satz 1 Nummer 4,
 4. sechs Wochen die beabsichtigte Neufassung oder Änderung nach § 72 Satz 1 Nummer 5,
 5. sechs Wochen die beabsichtigte Festlegung nach § 72 Satz 1 Nummer 6 und
 6. sechs Wochen die beabsichtigte Festlegung nach § 72 Satz 1 Nummer 7
- ablehnen und die Ablehnung mit Vorgaben verbinden, soweit die beabsichtigten Entscheidungen, Neufassungen, Änderungen und Festlegungen nicht den gesetzlichen Voraussetzungen genügen.

(2) Vor Ablauf der Frist 1. kann das betreffende Eisenbahninfrastrukturunternehmen die in Absatz 1 Nummer 1 bis 3, 5 und 6 erfasste beabsichtigte Entscheidung oder Festlegung dem Zugangsberechtigten nur als rechtlich nicht bindenden Entwurf mitteilen oder die Festlegung der Kapazitätsverteilung nach § 44 Absatz 1 Satz 4 nur als rechtlich nicht bindenden Entwurf veröffentlichen und 2. treten die in Absatz 1 Nummer 4 erfassten Schienennetz-Nutzungsbedingungen oder die Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen sowie Entgeltgrundsätze und die Festlegung der Entgelthöhen nicht in Kraft.

Die Regulierungsbehörde kann dem betreffenden Eisenbahninfrastrukturunternehmen vor Ablauf der Frist von Amts wegen mitteilen, dass sie ihr Ablehnungsrecht nicht ausüben wird. In diesem Fall kann sie bestimmen, dass 1. in den Fällen des Satzes 1 Nummer 1 eine wirksame Mitteilung oder Veröffentlichung möglich ist und 2. in den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 ein Inkrafttreten vor Ablauf der Frist möglich ist. § 68 bleibt unberührt.

(3) Übt die Regulierungsbehörde ihr Ablehnungsrecht aus,

1. ist im Fall des Absatzes 1 Nummer 1 bis 3 und 6 unter Beachtung der Vorgaben der Regulierungsbehörde zu entscheiden,
2. treten im Fall des Absatzes 1 Nummer 4 die Schienennetz-Nutzungsbedingungen oder die Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen einschließlich der vorgesehenen Entgeltgrundsätze oder die Festlegung der Entgelthöhen im Umfang der Ablehnung nicht in Kraft und dürfen insoweit nicht angewendet werden,
3. sind die Trassen im Fall des Absatzes 1 Nummer 5 unter Beachtung der Vorgaben der Regulierungsbehörde neu festzulegen.

(4) Die Regulierungsbehörde kann auf eine Unterrichtung eines Eisenbahninfrastrukturunternehmens nach § 72 ganz oder teilweise im Voraus verzichten, wenn eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs durch die beabsichtigte Entscheidung, Neufassung, Änderung oder Festlegung nicht zu erwarten ist.

ERegG // § 77 Beschlusskammern

1) Die Regulierungsbehörde entscheidet durch Beschlusskammern. Satz 1 ist nicht anzuwenden

1. bei Entscheidungen der Marktüberwachung nach § 17,
 2. für die Erhebung von Gebühren und Auslagen und
 3. für Maßnahmen zur Erlangung von Auskünften, Nachweisen, Hilfsmitteln und Hilfeleistungen nach § 67 Absatz 4 bis 7 außerhalb von Beschlusskammerv Verfahren.
- Die Entscheidungen der Beschlusskammern ergehen durch Verwaltungsakt.

(2) Die Beschlusskammern entscheiden in der Besetzung mit einem oder einer Vorsitzenden und zwei beisitzenden Mitgliedern. Der oder die Vorsitzende und die beisitzenden Mitglieder müssen die Befähigung für eine Laufbahn des höheren Dienstes erworben und ein rechtswissenschaftliches, wirtschaftswissenschaftliches oder ingenieurwissenschaftliches Studium abgeschlossen haben. Mindestens ein Mitglied der Beschlusskammer muss die Befähigung zum Richteramt haben. In den Fällen des § 73 Absatz 1 Nummer 2 kann der oder die Vorsitzende anstatt der Beschlusskammer entscheiden, sofern die Entscheidung ohne mündliche Verhandlung ergeht.

(3) Die Beschlusskammer leitet ein Verfahren von Amts wegen oder innerhalb eines Monats nach Eingang eines entsprechenden Antrages ein. An dem Verfahren vor der Beschlusskammer sind beteiligt:

1. der Zugangsberechtigte oder im Falle des § 66 Absatz 2 der beschwerdeführende Verband,
2. das Unternehmen, gegen das sich das Verfahren richtet, und
3. die Personen oder Personenvereinigungen, deren Interessen durch die Entscheidung erheblich berührt werden und die die Regulierungsbehörde auf deren Antrag zu dem Verfahren hinzugezogen hat,
4. soweit der Zugang zu grenzüberschreitenden Zugtrassen, diesbezügliche Wegeentgelte oder der Wettbewerb im grenzüberschreitenden Schienenverkehr betroffen sind, die Regulierungsbehörden der betroffenen Staaten und,
5. soweit die Beteiligung der Europäischen Kommission nach § 75 Absatz 8 beantragt wurde, die Europäische Kommission.

(4) Bei einer Streitigkeit in einem unter dieses Gesetz fallenden Bereich zwischen Unternehmen in verschiedenen Mitgliedstaaten, die in die Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörden von mehr als einem Mitgliedstaat fällt, kann jede Partei die Streitigkeit der Regulierungsbehörde vorlegen. Fällt die Streitigkeit in den Zuständigkeitsbereich der Regulierungsbehörde, so koordiniert sie ihre Maßnahmen mit den zuständigen nationalen Regulierungsbehörden der anderen betroffenen Mitgliedstaaten und, soweit die Beteiligung

der Europäischen Kommission nach § 75 Absatz 8 beantragt wurde, mit der Europäischen Kommission. Die Beschlusskammer trifft ihre Entscheidung im Benehmen mit der betreffenden nationalen Regulierungsbehörde.

(5) Zur Wahrung einer einheitlichen Spruchpraxis in Fällen vergleichbarer oder zusammenhängender Sachverhalte und zur Sicherstellung, dass die Entgeltregulierungsmaßnahmen entsprechend den §§ 28 bis 35 in Verbindung mit Anlage 4 in ihrer Gesamtheit aufeinander abgestimmt sind, sind in der Geschäftsordnung der Regulierungsbehörde Verfahren vorzusehen, die vor Erlass von Entscheidungen umfassende Abstimmungs-, Auskunft- und Informationspflichten der jeweiligen Beschlusskammern und der Abteilungen vorsehen.

(6) Die Beschlusskammer hat den Beteiligten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Den Personen, die von dem Verfahren berührte Wirtschaftskreise vertreten, kann die Beschlusskammer in geeigneten Fällen Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Auf Antrag eines Beteiligten oder von Amts wegen kann die Beschlusskammer eine öffentliche mündliche Verhandlung durchführen. Für die Verhandlung oder Teile davon ist die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn diese 1. eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Sicherheit des Staates, besorgen lässt oder 2. die Gefährdung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses besorgen lässt.

(7) Unverzüglich nach der Vorlage von Unterlagen im Rahmen des Beschlusskammerverfahrens haben alle Beteiligten diejenigen Teile zu kennzeichnen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten. In diesem Fall müssen sie zusätzlich eine Fassung vorlegen, die ohne Preisgabe von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen eingesehen werden kann. Unterbleibt die Vorlage einer freigegebenen Fassung nach Satz 2, kann die Beschlusskammer von der Zustimmung der Beteiligten zur Einsicht ausgehen, es sei denn, ihr sind besondere Umstände bekannt, die eine solche Vermutung nicht rechtfertigen. Hält die Beschlusskammer die Kennzeichnung der Unterlagen als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse für unberechtigt, so muss sie vor der Entscheidung über die Gewährung von Einsichtnahme an andere Beteiligte die vorlegenden Personen anhören.

(8) Die Regulierungsbehörde veröffentlicht die von ihr getroffenen Entscheidungen auf ihrer Internetseite in nicht personenbezogener Form. Sie kann daneben Informationen über die Durchführung von Verfahren in nicht personenbezogener Form veröffentlichen.